

An die interessierten Unternehmen

Amt für Digitalisierung und IT

Gebäude: **Hans-Böckler-Platz 5**
Eingang:
Auskunft: **Herr Flettner**
Zimmer: **02.19**
Telefon: **0208 – 455 1074**
Telefax: **0208 – 455 581074**

Online:

Fabian.Sandfort@muelheim-ruhr.de
<http://www.muelheim-ruhr.de>

Sprechzeiten:

Mo - Fr 08.00-15.00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel:

Bus: Hauptbahnhof

Ihr(e) Zeichen: / Ihr Schreiben vom:

Datum: **19. Mai 2026**

Aktenz: **19-2.02**

Offenes Verfahren über die Beauftragung von Postdienstleistungen 2026 – 2029

Sehr geehrte Damen und Herren,

die Stadt Mülheim an der Ruhr ist als öffentlicher Auftraggeber einer der größten Postversender im Stadtgebiet. Empfangsberechtigte von Post des Auftraggebers sind natürliche und juristische Personen.

Für eine maximale Vertragslaufzeit von 36 Monaten werden die zuzustellenden Sendungen des Auftraggebers als Postdienstleistung aufgeteilt in drei LOSEN ausgeschrieben. Angebote können zu einem oder zu mehreren LOSEN eingereicht werden. Die LOSE werden wie folgt aufgeteilt:

- > LOS 1 (Briefe und Einschreiben im PLZ-Gebiet 45...)
- > LOS 2 (Briefe und Einschreiben außerhalb des PLZ-Gebiets 45...)
- > LOS 3 (Zustellung von Postzustellungsaufträgen (PZA))

Diese Postdienstleistungen werden gemäß §§ 14 Abs. 2 Vergabeverordnung (VgV) in Verbindung mit 106 Abs. 2 Nr. 1 Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) in Verbindung mit 119 Abs. 3 GWB vergeben.

Die EU-Bekanntmachung zu dieser Ausschreibung wurde im TED-Anzeiger zum EU-Amtsblatt am 19.05.2026 unter der TED Publication Nr. 341273-2026 in der Amtsblattausgabe-Nr. S 95/2026 veröffentlicht.

Der Schlusstermin für den Eingang der Angebote läuft am **Freitag, den 19.06.2026, um 12:00 Uhr** ab.

An dieser Stelle werden alle interessierten Unternehmen vorab darüber informiert, dass die Vergabe- und Vertragsunterlagen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung stehen unter:

<https://www1.muelheim-ruhr.de/wirtschaft-arbeit/oeffentliche-ausschreibungen>

Mit Abruf der Vergabe- und Vertragsunterlagen erhalten Sie auch einen eindeutigen Internet-Link, um alle relevanten Informationen uneingeschränkt und gebührenfrei abrufen beziehungsweise einreichen zu können. Ihr Angebot senden Sie bitte bis zum o.g. Termin **aus-schließlich in Textform** durch Eingabe des vorgegeben Internet-Links für die Einreichung von Angeboten zu.

Folgende Voraussetzungen werden im Rahmen der Eignungsprüfung geprüft:

- Mit Angebotsabgabe wird bestätigt, dass das anbietende Unternehmen im Anbieterverzeichnis der Bundesnetzagentur als Anbieter von Postdienstleistungen eingetragen ist (vgl. Regelung gemäß § 4 Abs. 1 Satz 2 Postgesetz (PostG)).
- Mit Angebotsabgabe wird bestätigt, dass bei dem anbietenden Unternehmen keine der gemäß § 5 PostG aufgeführten Ausschlussgründe über die Zuverlässigkeit, Leistungsfähigkeit und Fachkunde vorliegen.
- Mit Angebotsabgabe wird bestätigt, dass u.a. bei der Antragstellung vom anbietenden Unternehmen insbesondere die gemäß § 6 Abs. 2 PostG geforderten Angaben, Informationen und Nachweise an die Bundesnetzagentur übermittelt wurden.
- Mit Angebotsabgabe wird bestätigt, dass die Laufzeitvorgaben gemäß § 18 Abs. 1 PostG bei den nationalen Briefsendungen eingehalten werden.
- Mit Angebotsabgabe zu LOS 3 wird bestätigt, dass das anbietende Unternehmen die Verpflichtung zur förmlichen Zustellung von Schriftstücken umsetzt und in diesem Umfang mit Hoheitsbefugnissen ausgestattet ist (vgl. Regelung gemäß § 61 PostG)).
- Anlage Nachweise über die berufliche und fachliche Leistungsfähigkeit des anbietenden Unternehmens.
- Anlage Nachweise über die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des anbietenden Unternehmens.
- Durchführung einer Referenzprüfung.

- Erklärung zu Bieter-bzw. Bewerbungsgemeinschaften

> Eigenerklärung über die Beauftragung von Nachunternehmern

> Eigenerklärung zum Nichtvorliegen von Ausschlussgründen (§ 48 VgV)

Bitte übermitteln Sie evtl. Biiterrückfragen ausschließlich über das Vergabesystem mit Angabe der im System hinterlegten Vergabenummer. Es wird in diesem Zusammenhang empfohlen, sich mit Angabe von Kontaktdaten freiwillig im Vergabesystem zu registrieren. Hierdurch ist gewährleistet, dass Sie systemseitig über etwaige Änderungen an den Vergabeunterlagen sowie über den Verlauf von Biiterrückfragen und deren Beantwortung informiert werden.

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Biiterrückfragen nicht telefonisch entgegengenommen und auch nicht in der Form beantwortet werden können. Bitte beachten Sie, dass Biiterrückfragen nicht an Mailadressen des Auftraggebers versendet werden. In diesem Zusammenhang können fehlgeleitete Biiterrückfragen unbeantwortet bleiben.

Bitte beachten Sie, dass diese Vergabeunterlagen nur zur Durchführung des Vergabeverfahrens verwendet werden; jede Veröffentlichung (auch auszugsweise) ist ohne die ausdrückliche Genehmigung der vorgenannten Vergabestelle nicht statthaft.

Bitte beachten Sie des Weiteren, dass Unterlagen zum Ausfüllen als ZIP-Datei im Word-Format im Vergabesystem bereitgestellt werden:

Bei der späteren Angebotsabgabe kann jedoch jede ausgefüllte Word-Datei nur als PDF ins Vergabesystem hochgeladen werden.

Zuschlagskriterium:

Zuschlagsentscheidung:

Der Zuschlag wird gemäß § 58 Abs. 1 Vergabeverordnung (VgV) auf das wirtschaftlichste Angebot erteilt.

Als Zuschlagskriterium wird je LOS ein Entscheidungswert (E-Wert), berechnet aus einer gewichteten Teilpunktzahl (Qualität) addiert mit einer berechneten Teilpunktzahl (Preis) herangezogen. Hinsichtlich der detaillierten Erläuterung des Vorgehens zur Berechnung der vorgenannten Teilpunktzahlen, wird auf folgende Anlagen verwiesen:

☐ Wertungsmatrix Postdienstleistungen_2026_2029_Leistungsbewertung_LOSE.xlsx

(Berechnung Teilpunktzahl Qualität)

☐ Wertungsmatrix Postdienstleistungen_2026_2029_LOSE.xlsx (Berechnung Teilpunktzahl Preis)

Das Angebot je LOS mit dem höchsten berechneten E-Wert wird für die Zuschlagserteilung ausgewählt.

Die Details sind in den vorgenannten Wertungsmatrizen für die Berechnung der Teilpunktzahl (Qualität) und für die Berechnung der Teilpunktzahl (Preis) zu entnehmen.

Vergaberechtliches Nachprüfungsverfahren:

Etwaige Verstöße gegen Vergabevorschriften, die im Rahmen der Bekanntmachung oder im Rahmen dieser Vergabeunterlagen erkennbar sind, müssen spätestens bis zum Ablauf der Angebotsfrist gerügt werden. Sonstige Verstöße gegen Vergabevorschriften sind spätestens 10 Kalendertage ab Kenntnisnahme zu rügen. Darüber hinaus sind nach Ablauf der Frist für den Eingang der Angebote Rügen nur noch durch den Bevollmächtigten zu übermitteln.

Das Anbringen von Rügen erfolgt schriftlich per Fax oder per Mail an die folgende Kontaktadresse der Vergabestelle:

Stadt Mülheim an der Ruhr
Der Oberbürgermeister
Amt für Digitalisierung und IT
Technisches Rathaus
Hans-Böckler-Platz 5
45468 Mülheim an der Ruhr
E-Mail: Michael.Flettner@muelheim-ruhr.de

Ich weise ausdrücklich darauf hin, dass Rügen durch den Bevollmächtigten nach den gesetzlichen Regelungen auch auf anderem Wege oder, falls eine entsprechende Bevollmächtigung nachgewiesen wird, durch andere Personen erhoben werden dürfen.

In jedem Fall liegt es im Interesse eines Bewerbers, die Rüge in Schriftform anzubringen und die Berechtigung des Absenders eindeutig nachzuweisen. Für die Erhebung eines Nachprüfungsantrags sind die gesetzlichen Bestimmungen zu beachten.

Hilft der Auftraggeber dem gerügten Verstoß gegen Vergabevorschriften nicht ab, darf der Bieter einen Antrag auf Einleitung eines vergaberechtlichen Nachprüfungsverfahrens nur innerhalb von 15 Tagen seit Erhalt der Benachrichtigung über die Nichtabhilfe stellen. Eine spätere Anrufung der Vergabekammer auf Grund des gerügten Verstoßes gegen Vergabevorschriften ist gemäß § 160 Abs. 3 Nr. 4 GWB ausgeschlossen.

Vergabekammer im Sinne des § 156 GWB:

Vergabekammer Westfalen

Geschäftsstelle, zentrales Postfach

Telefax: 0251 411-2165

Geschäftsstelle der Vergabekammer

Albrecht-Thaer-Straße 9

48147 Münster

E-Mail: vergabekammer@brms.nrw.de

Es wird darauf hingewiesen, dass bei der Durchführung eines Nachprüfungsverfahrens alle Verfahrensbeteiligten nach § 165 Abs. 1 GWB ein Akteneinsichtsrecht haben. Mit der Abgabe eines Angebotes wird dieses in die Akte des Auftraggebers als Vergabestelle aufgenommen. Jeder Bieter muss daher mit der konkreten Möglichkeit rechnen, dass sein Angebot mit allen Bestandteilen von den anderen Verfahrensbeteiligten bei der Vergabekammer eingesehen wird.

Es liegt daher im eigenen Interesse eines jedes Bieters, schon in seinen Angebotsunterlagen auf wichtige Gründe, die nach § 165 Abs. 2 GWB die Vergabekammer veranlassen, die Einsicht in die Akten zu versagen, hinzuweisen und diese in seinen Unterlagen entsprechend kenntlich zu machen (z. B. durch Beifügung einer weiteren Ausfertigung des Angebots, in dem Geheimnisse, insbesondere Fabrikations-, Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse, geschwärzt sind).

Über Ihr Angebot würde ich mich freuen und verbleibe,

mit freundlichen Grüßen

I.A.

gez.: (Neubner)